Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher Zeitung. 1784-1933
# 1922

18.5.1922 (No. 115)

Visual Library

№ 115 Donnerstag, den 18. Mai 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 ℳ — Einzelnummer 1.— ℳ — Anzeigengebühr: 1.70 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

## Amtlicher Teil.

### Turn-, Spiel- und Sportfeste an den Schulen.

** Es haben im verflossenen Jahr gemäß der vom Ministerium des Kultus und Unterrichts erneut ergangenen Anregung nicht bloß die Höheren Lehranstalten, sondern vielfach auch die Volksschulen während der Sommerzeit Turn-, Spiel- und Sportfeste abgehalten, die überall günstig verliefen und bei Schülern und Schülerinnen großen Anklang fanden.

Das Ministerium hat daher die Leiter der ihm unterstellten Schulen, an denen Turn-, Spiel- und Sportfeste noch nicht herkömmliche Sitte sind, veranlaßt, auch wieder für den laufenden Sommer die Abhaltung eines solchen Schulfestes unter Gesamtbeteiligung der Lehrerschaft in die Wege zu leiten. Dabei können an den Höheren Lehranstalten die Schülerausschüsse in weitgehendem Maße zur Mitarbeit bei der Vorbereitung und der Durchführung dieser Feste herangezogen werden.

Wo technische oder organisatorische Schwierigkeiten nicht im Wege stehen, wird den verschiedenen Anstalten eines Schulortes empfohlen, wenn irgend möglich, diese Feste gemeinsam zu begehen.

Für die Auswahl der Übungen für die turnerischen und sportlichen Wettkämpfe, die den Mittelpunkt dieser Schulfeste bilden sollen, muß der Lehrplan für das Turnen der männlichen und weiblichen Jugend nach wie vor maßgebend bleiben.

Beteiligen sich Anstalten wie im vergangenen Jahr an den vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen ausgeschriebenen Reichsjugendwettkämpfen, deren Durchführung in die Hand von Ortsausschüssen gelegt ist, so werden die Anstaltsleiter bei den Ortsausschüssen dahin wirken, daß die Anforderungen für diese Wettkämpfe, soweit Schüler in Betracht kommen, sich gleichfalls im Rahmen des Turnlehrplans bewegen, damit eine allzustarke Inanspruchnahme der teilnehmenden Schüler durch die Vorbereitung für die Wettkämpfe vermieden wird und die Arbeit der Schule keine Beeinträchtigung erfährt.

Der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen hat sich bereit erklärt, den Siegern der Schulfeste, deren Wettkämpfe mit den allgemeinen Richtlinien für die Reichsjugendwettkämpfe im Einklang stehen, die Ehrenurkunden für die Reichsjugendwettkämpfe zu überreichen.

### Bekämpfung der ansteckenden Blutarmut der Pferde.

** Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß die praktischen Tierärzte, sobald sie in Ausübung ihrer Berufstätigkeit Kenntnis von dem Ausbruch der ansteckenden Blutarmut der Pferde oder von dem Verdacht des Ausbruchs dieser Krankheit erlangen, dem für den Standort des Pferdebestandes zuständigen Bezirksamt umgehend Anzeige zu erstatten haben. Auf die Anzeige hin läßt das Bezirksamt den verseuchten oder verdächtigen Bestand einer Untersuchung durch den Bezirkstierarzt unterziehen und im Falle der Bestätigung des Seuchenausbruchs oder des Verdachts den Pferdebestand auf Grund des § 19 des Viehseuchengesetzes der polizeilichen Beobachtung unterstellen. Die Besitzer dürfen die unter Beobachtung stehenden Pferde nur mit bezirksamtlicher Genehmigung veräußern oder sonst aus dem Gehöft entfernen. Im Falle des Umstehens eines Pferdes hat der Besitzer dem Bezirkstierarzt ungesäumt Anzeige zu erstatten, damit dieser durch Öffnung und Zerlegung der Tierleiche die erforderlichen Feststellungen machen kann. Die unter Beobachtung stehenden Pferde werden vom Bezirkstierarzt von sechs zu sechs Wochen untersucht. Die Beobachtung wird solange aufrecht erhalten, bis durch den Bezirkstierarzt die völlige Unverdächtigkeit der Tiere festgestellt ist.

### Abgabe von Laubstreu.

** Bezüglich der Abgabe von Laubstreu aus Staats- und Gemeindewaldungen hat die Forstabteilung des Finanzministeriums unterm 10. Mai d. J. mit Rücksicht auf die Folgen der ungünstigen Witterung der letzten Wochen die Forstämter erneut angewiesen, mit tunlichster Beschleunigung die bereits früher angeordneten Streuüberweisungen zu vollziehen.

Unter den vorliegenden Ausnahmeverhältnissen sollen beim Verkauf von Streu aus dem Staatswalde nur solche Landwirte von der Streuabgabe ausgeschlossen werden, die selbst über 5 Hektar eigenen Wald besitzen oder Stroh verkauft haben. Insbesondere aber ist zur Vermeidung von Zeitverlust im gegenwärtigen Zeitpunkt die Abgabe von Rechstreu nicht von dem Nachweis der Bestellung von Torfstreu abhängig zu machen. Ferner soll die Abgabe der Streu in Staats- und Gemeindewaldungen zur Vermeidung von Preistreibereien in der Regel aus der Hand statt wie angeordnet durch Versteigerung stattfinden. Dabei ist an einem Anschlag von 50 M. für den Raummeter, der etwa dem Fünfundzwanzigfachen des Friedenspreises entspricht, festzuhalten.

Die Auflage an die Gemeinden auf Bestellung von Torfstreu zur Behebung und Minderung des Streubedürfnisses der nächsten Jahre bleibt grundsätzlich aufrecht erhalten. Die Gemeinden haben sich im Laufe des Sommers darauf einzurichten.

## Um die Weichselniederung.

Polnische Ziele. (Siehe die Artikel in Nr. 104 und 113.)

III.

Polen hat gewußt, weshalb es sich auf dem Weichselufer festsetzte, es **hat ja auch noch sein zweites, sein größeres Ziel**, dessen Durchführung die Anwendung des ersten Mittels entbehrlich macht. „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt." — Wenn ein Staat aber Gewalt anwendet, dann versteht er darunter den Appell an die Waffen, dann denkt er an eine **militärische Aktion**. Daß Polen eine solche Aktion vorbereitet, eine Aktion, deren weitgesteckstes Ziel die Eroberung ganz Ostpreußens ist, darüber beginnt man sich jetzt in weiten Kreisen der deutschen Ostmark allmählich klar zu werden. Das Wilnaer Beispiel, die Annexionsreden französischer und polnischer Militärs, die polnischen Truppenzusammenziehungen an der Westgrenze reden eine deutliche Sprache. **Den besten handgreiflichsten Beweis aber für die polnischen Offensivabsichten liefert wiederum seine Festsetzung auf dem östlichen Weichselufer.** Wir denken hier weniger an das Dichterland und an die Deichteile, wir denken hier vielmehr an die drei wesentlich umfangreicheren Brückenköpfe von Münsterwalde, von Kurzebrock und vor allem an die **fünf Weichseldörfer**.

Daß die beiden erstgenannten Brückenköpfe wirtschaftlich für Polen wertlos sind, ist bereits nachgewiesen worden. Genau so verhält es sich auch bei den fünf Dörfern. „Die fünf Ortschaften", so heißt es in einer demnächst erscheinenden **amtlichen Denkschrift**, „sind unter polnischer Staatshoheit **wirtschaftlich dem sicheren Untergang ausgeliefert**. Von ihrem natürlichen Hinterland und Absatzgebiet, der Marienwerder Niederung, sind sie abgeschnitten. Von ihrem Staat sind sie durch die Weichsel getrennt, die oft tage- oder wochenlang nicht überschreitbar ist. In sanitärer Hinsicht sind sie hilflos; kein Arzt, keine Apotheke, keine Hebamme befinden sich in ihnen. Zur Ausübung des Deichschutzes sind die Ortschaften zu schwach und finanziell nicht leistungsfähig genug, um die hohen Unterhaltungskosten zu bestreiten." Wir denken, daß durch diese angeführten Sätze die wirtschaftliche Wertlosigkeit der fünf Ortschaften für Polen nun genug dargelegt worden ist. Sind die Polen nicht einmal in der Lage, einen dauernden Verkehr über den Strom zu erhalten, was nützen ihnen dann die paar Hundert Seelen und die paar Dutzend Häuser und Äcker! — Auch der vielleicht von polnischer Seite vorgeschobene Einwand, daß die fünf Dörfer von Polen bewohnt seien und polnisch gestimmt hätten, ist nicht stichhaltig. Denn 1. haben nur zwei von ihnen mit polnischer Mehrheit gestimmt, und 2. haben die Bewohner seinerzeit nur deshalb ihre Stimme für Polen abgegeben, weil sie dazu beitragen wollten, daß das ganze westpreußische Abstimmungsgebiet polnisch würde. Nachdem die übrigen Teile deutsch geblieben sind und die Bewohner der Dörfer zwei Jahre bittere Erfahrungen gemacht haben, bitten sie selbst, wieder mit Deutschland vereinigt zu werden."

Berücksichtigt man diese und die vorherigen Ausführungen über die wirtschaftliche Lage der fünf Dörfer, so wird man früher oder später nur zu dem Schluß kommen, **daß für die Schaffung der polnischen Brückenköpfe auf dem östlichen Weichselufer keine wirtschaftlichen, sondern wiederum politische und zwar diesmal strategische Gründe maßgebend gewesen sind!** Wohlgemerkt **offensiv strategische** Gründe! Polnische Zeitungen gaben das auch unumwunden zu. So schreibt die „Gazeta Sdenska" vom 12. 4. 22, daß die fünf Dörfer einen **„sehr wichtigen strategischen Punkt"** bilden. Das gleiche gilt selbstverständlich auch von dem Hafengelände bei **Kurzebrack** und dem **Brückenkopf der Münsterwalder Eisenbahn**, und zwar handelt es sich hier um Landstreifen, bei denen das etwa anzuziehende Moment einer „polnischen Bevölkerung" wegfällt. **Diese Landstreifen** sind nämlich **überhaupt nicht bewohnt**. Daß die drei genannten Brückenköpfe also eine **„strategische Ausfallbasis"** darstellen, dürfte wohl kaum mehr bezweifelt werden. Daß diese Ausfallbasis **nur** die Inbesitznahme der Niederung und eventuell des Stuhmer Kreises vorbereiten soll, ist hinwiederum kaum anzunehmen, da für die Errichtung dieses enger gesteckten Zieles auch ein anderer Weg gangbar ist. Nein! **Hier steht viel mehr auf dem Spiele!** Von Nordosten, Osten und Süden ist die deutsche Ostmark bereits von Polen umklammert. Natürliche Grenzen fehlen. Und jetzt wird Ostpreußen auch die **einzige natürliche Grenze, die es hat, die Weichsel im Westen genommen. Schutzlos** steht das Land dem feindlichen Einbruch nach drei Seiten hin offen. Die Brückenköpfe an der Weichsel garantieren den mühelosen Übergang einer polnischen Armee, sie **sind nur zu diesem Zwecke errichtet und das Angriffsziel**, zu dessen Errichtung sie die erste Etappe bilden, ist nicht Marienwerder und Stuhm, das **Ziel ist Elbing, ist Pillau und Königsberg! „Um Sein oder Nichtsein geht es für Ostpreußen!"** — — —

Noch hat die **Botschafterkonferenz** den letzten Spruch nicht gefällt. Noch ist es höchste Zeit, höchste Zeit zur Abwehr, Zeit, die einzige Waffe, die man uns noch gelassen hat, zu gebrauchen! **Das Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht der Klage, das Recht der Berufung** auf die wenigen unserer Interessen nicht ganz unberücksichtigt lassenden Bestimmungen des **Versailler Vertrages!** Das ist in vorliegendem Falle der Artikel 97, in dessen 5. Absatz die feindlichen Regierungen der Provinz Ostpreußen **ausdrücklich den freien Zugang zur Weichsel und die ungehinderte Benutzung des Stromes garantieren. Was tut nun die neue Grenzziehung?** Sie schließt Ostpreußen hermetisch von der Weichsel ab! — Das ist **vertragswidrig! Das ist rechtswidrig!**

Der Absatz 4 des gleichen Artikels gibt Polen nur ein **Überwachungsrecht über das Ostufer zum Zwecke der Stromregulierung. Von einer Landabtretung** ist nichts gesagt! Es ist trotzdem geschehen! **Das ist vertragswidrig!**

In Art. 97 wird weiter bestimmt, daß die neue Grenze „unter Berücksichtigung des Willens der Bevölkerung sowie auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften" gezogen werden müsse. — **Die neue Grenze reißt die fünf Weichseldörfer aus der geographischen Einheit der Niederung heraus und trennt sie von ihrem wirtschaftlichen Hinterland.**

Das wirtschaftliche Interesse der Niederung verlangt den **lückenlosen Verbleib des gesamten Deiches in deutschen Händen. Die neue Grenze gibt ihn an vier Stellen den Polen, die ihn zugrunde richten! Das ist vertragswidrig! Das ist rechtswidrig!**

Ja, fordern wir unser Recht! Vereinigen wir unsere Stimmen mit denen der wackeren treudeutschen Bewohner der Niederung, mit denen der gesamten ostpreußischen Bevölkerung **zu einem lauten Hilfs-, Anklage- und Warnruf**, auf daß die ganze Welt es wohl vernehme, daß an der Weichsel mit der Ruhe, der Arbeit und dem Leben einer friedlichen Bevölkerung Schindluder getrieben wird, **daß an der Weichsel Dinge vor sich gehen, die nicht nur die Freiheit eines alten deutschen Landes, sondern auch den Frieden der Welt ernstlich zu gefährden drohen.**

Ludwig Sertorius.

## Politische Neuigkeiten.

### Die Konferenz von Genua.

**Annahme des Konferenzvorschlags durch Rußland.**

In der gestrigen Vormittagssitzung der Westmächte mit den Russen erklärte der Führer der russischen Delegation, Tschitscherin, daß seine Regierung den Konferenzvorschlag der Westmächte **annehme**; sie **protestiere jedoch gegen den Ausschluß Deutschlands von den Beratungen** und sie wünsche, daß Stockholm, Riga oder London als Konferenzort gewählt werde; sie wünsche ferner, daß das Friedensabkommen auf alle Sowjetrepubliken ausgedehnt werde, und daß die irregulären Banden in Finnland, in Polen und in Rumänien aufgelöst werden.

In seiner **Antwort erklärte Lloyd George**, daß der Ausschluß Deutschlands aus den Verhandlungen berechtigt sei. Wenn auf der Konferenz ein Übereinkommen erreicht würde, so solle **Deutschland von der Mitarbeit am Wiederaufbau Rußlands nicht ausgeschlossen werden.** Eine weitere Sitzung wurde auf gestern nachmittag anberaumt. In dieser Sitzung **nahmen die Russen Haag als Kommissionsort an, während die Westmächte die Ausdehnung des östlichen Friedenspaktes auf die mit Rußland verbündeten Republiken annahmen.** Die Dauer des Pakts ist auf sieben Monate ab 15. Juni **verlängert** worden. Im übrigen wurden die Vorschläge unverändert angenommen.

**Die Dienstagssitzung.**

Am Dienstag nachmittag fand im Palazzo Reale eine **Sitzung der einladenden Mächte** statt, in der zuerst die Frage **Litauens** und dann die Frage **Ostgaliziens** besprochen wurde. **Lloyd George** erklärte, er sei der Ansicht, daß diese Fragen, wenn auch nicht sofort, so doch für die Zukunft **große Gefahren in sich bergen** würden. Die begrenzte „Treuga Dei" biete nur für drei Monate Schutz. Dann würden jene Fragen wieder akut werden. Er hoffe aber, daß der Völkerbund sich dieser Fragen annehmen werde. **Barthou** erklärte sich damit einverstanden. Dem Völkerbund überwiesen wurde der Wunsch Ungarns und Bulgariens, in der Minderheitsfrage Erklärungen abzugeben, sowie die von Bulgarien angeschnittene Frage eines Hafens am Ägäischen Meer und die Frage der Bekämpfung der Epidemien und des Hungers. Die Konferenz soll das Rote Kreuz als europäisches Organ zur Bekämpfung der Epidemien und des Hungers anerkennen. Um der russischen Delegation zu einer Beantwortung der Vorschläge Zeit zu lassen, sah man von einer Festsetzung des Tages für die letzte Plenarsitzung ab. Im allgemeinen rechnet man mit dem **Samstag als Schlußtag der Konferenz.** Die englische **Delegation sieht die amerikanische Antwort nicht als Ablehnung an**, glaubt vielmehr, daß der dritte Absatz der Antwortnote eine **Tür zu Verhandlungen offen** läßt.

**Die Rückkehr des Reichskanzlers.**

Wie mehrere Blätter mitteilen, wird Reichskanzler Dr. **Wirth** entgegen seiner ursprünglichen Absicht auf der Rückreise von Genua in München keinen Aufenthalt nehmen. Einem dringenden Wunsch der in Berlin weilenden Kabinettsmitglieder und Parteiführer entsprechend, wird sich der Reichskanzler **direkt nach Berlin begeben.** Am **Dienstag** wird er **im Kabinett und in einer Versammlung der Parteiführer über den Verlauf** und das Ergebnis der Genueser Konferenz **Bericht erstatten.**

**Die Bilanz von Genua.**

Der Reuterkorrespondent in Genua meldet: Die allgemeine Bilanz dessen, was die Genueser Konferenz erreicht habe, könne jetzt gezogen werden. Ihre Hauptarbeit, nämlich der Versuch, zu einem **Einvernehmen mit Rußland** zu gelangen, sei **nicht zu einem bestimmten Abschluß** gebracht worden, weil ein ganzer Komplex von Abneigungen, Verargwöhnungen und Gegensätzen bestehe, von denen einige Interessengegensätze betreffen, andere nur ideologischer Natur sind. Die Konferenz wird ihre Arbeiten, die sich mit Rußland beschäftigen, nach dem Haag oder vielleicht nach Stockholm oder Riga verlegen, letzteres den Russen zu Gefallen, die aus verschiedenen Gründen gegen Haag sind. Die nun vorgeschlagene Kommission wird nicht die Vollmachten besitzen, mit denen sie Lloyd George und Schanzer ausstatten wollten, um ihr einen schnellen Abschluß des Abkommens zu ermöglichen. Sie muß vielmehr ihre Beschlüsse in Gestalt von Vorschlägen den in Frage kommenden Regierungen übermitteln. Dies bedeutet ein **Zugeständnis an die Franzosen und Belgier.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

### Ein Protest gegen die Sanktionen.

Die **Reichstagsabgeordneten der Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West** haben an den **Präsidenten der Konferenz von Genua**, den italienischen Ministerpräsidenten **de Facta** folgendes Telegramm gerichtet:

Herr Präsident! Ohne rechtliche Grundlage, gegen Versailler Vertrag, Rheinlandabkommen und Völkerrecht sind seit März 1921 die Städte Düsseldorf, **Duisburg und Ruhrort durch französisch-belgische Truppen besetzt. Selbst von alliierter Seite wurde anerkannt**, daß mindestens **seit Mai 1921, dem Zeitpunkt** der Annahme des **Ultimatums** durch Deutschland, **diese als Sanktion vorgesehene Besetzung aufgehoben werden müßte**, zumal anerkanntermaßen Deutschland auch die Bedingungen des Friedensvertrages nach Leistungskraft erfüllt hat. Die friedliche Bevölkerung der trotzdem noch immer besetzten Gebiete leidet schwer unter den **drückenden Folgen** der Besatzung und des Belagerungszustandes und erwartet endlich, **drei Jahre nach Friedensschluß, Beseitigung dieses unerträglichen Unrechts und Kriegszustandes.**

Nachdem alle diplomatischen Vorstellungen vergeblich waren, ersuchen die **Reichstagsabgeordneten** der betroffenen Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West die Genueser Konferenz und durch sie alle friedliebenden Völker der Erde, für sofortige **Aufhebung der rechtswidrigen Besetzung** der drei Rheinstädte Einspruch zu erheben.

**Marx, Erkelenz, Alekotte, Jäcker, Obermeyer, Dr. Benn, Klöckner, Adams, Blume, Koch** (Düsseldorf.)

## Hoover über das russische Problem.

Die „Times" berichten aus **Washington** über eine sehr wichtige Rede, die Handelssekretär **Hoover** auf der Jahresversammlung der amerikanischen Handelskammern gehalten hat. Hoover sagte u. a.: Das **russische Volk sterbe an der Zerstörung der Produktivität.** Die Behauptungen, Rußland biete ein großes Feld für den Verkauf von amerikanischen Waren und für den Erwerb von Millionen amerikanischer Arbeiter ständen im Werte genau so tief, wie der bolschewistische Rubel. **Vor dem Kriege habe Rußland** nur 1 Prozent der amerikanischen Ausfuhr aufgenommen, was, zurückgeführt auf die Arbeitszeit der amerikanischen Arbeiter einen **Erwerb für rund 30 000 amerikanische Arbeiter** bedeute. Wenn Amerika die finanzielle Unterstützung auf einer anderen als der wohltätigen Grundlage erwägen wolle, so müsse es das Problem von einem praktischen Standpunkt aus ansehen. Zwei Tatsachen kämen dabei in Betracht:

1. Daß Rußland **bankrott** sei; Rußland habe **keine Produktivität und könne für lange Zeit nichts im Austausch bieten.**

2. Wenn das amerikanische Volk aufgefordert werden würde, seine Ersparnisse für den Wiederaufbau der Produktivität Rußlands anzulegen, so werde es **Sicherheiten für die Rückzahlung und Gewähr** fordern, daß dann eine **Rückkehr zur Produktivität stattfindet.**

Die Schwierigkeit sei, daß unter dem augenblicklichen etwas abgeänderten System in Rußland sowohl Sicherheit als auch **Aussicht auf Produktivität nicht möglich sei.** Dies müsse jetzt klargestellt werden für den amerikanischen Kapitalsanleger, dessen Ersparnisse in Gefahr seien und für den amerikanischen Kaufmann, um dessen Waren es sich handelt. Die **gesamte Welt sei jetzt unbedingt innerlich gegenseitig abhängig.**

Ferner legte der Redner dar, welche Mittel notwendig seien, **um die Welt wieder normalen Zuständen entgegenzuführen.** Dazu gehören eine **politische Verständigung** über die **Beziehungen der europäischen Nationen mit dem Ziel, eine friedliche Atmosphäre zu schaffen, Herabsetzung der Rüstungen als Beweis friedlicher Absichten** sowohl als auch im **Interesse von Ersparnissen**, Festsetzung aller zwischen den Regierungen bestehenden **Schuldverpflichtungen einschließlich der von Rußland zu zahlenden Reparationen auf einer Grundlage, die das Vertrauen erwecken würde, daß die Zahlung der Zinsen und des Kapitals gesichert ist**, ferner Herstellung des **Gleichgewichts der Staatshaushalte** mehr durch Herabsetzung der Ausgaben als durch die Erhöhung der Steuern und endlich die **Verhinderung weiterer Inflationen** sowohl der geldlichen Umlaufsmittel als auch der kurzfristigen Schatzanweisungen. Wenn diese Maßnahmen morgen ausgeführt werden könnten, so würde ein kräftiger Strom durch Handel und Industrie in der Richtung zu einer wirtschaftlichen Wiedererhebung in einem Maße einsetzen, der die ganze Welt mit Erstaunen erfüllen würde. Aber bis dieses Ziel gesichert sei, so erklärte Hoover, müssen die Bürger Amerikas ihre Geschäfte gegenüber den Nationen mit Vorsicht führen, die unfähig seien, jenen Bedingungen zu entsprechen.

## Völkerbundsrat.

Die 18. Völkerbundstagung schloß am Dienstag abend ihre Arbeiten ab. Sie hatte eine Woche gedauert und ein überaus großes Programm zu bewältigen. Eine Reihe **von Fragen** wurden **vertagt**, so die Anerkennung des englischen Mandats über Palästina und die Frage der russischen Hungersnot, die an die Konferenz von Genua überwiesen wurde. Die wichtigsten Beschlüsse des Rates galten den **Danzig-polnischen Auseinandersetzungen.** Da die Tagung zusammenfiel mit dem Abschluß der **deutsch-polnischen** Verhandlungen und sich mit den **Eingaben des Deutschtumbundes gegen Polen zu befassen** hatte und wie immer ohne eine Einigung zu erzielen, **litauisch-polnische** Streitfragen behandeln mußte stand auch diesmal **Polen** im Mittelpunkt der Programme. Die Zahl der Deutschland interessierenden Probleme wurde schließlich noch erhöht durch die Anwesenheit der **saarländischen Abordnung**, die, wie so oft schon gezwungen war, mit ihren Beschwerden unmittelbar an die Mitglieder des Völkerbundsrates zu gelangen. Die nächste **reguläre Tagung soll eine Woche vor Beginn der Völkerbundsversammlung** im Herbst stattfinden.

## Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Sitzung führte Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** u. a. aus: Wenn man die Vielgeschäftigkeit des Arbeitsministeriums kritisiert, darf man nicht vergessen, daß unsere Revolution nicht nur eine politische Umwälzung, sondern vor allem eine soziale Umwälzung war. Die Gesetzgebung aber kann der Entwicklung nur schrittweise folgen, und so müssen wir unausgesetzt gesetzgeberische Maßnahmen für Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung treffen, denen stets wieder neue Forderungen des Reichstages folgen. Keine einzige Partei bleibt mit ihren Forderungen hinter der anderen zurück. (Heiterkeit). Man klagt vielfach, daß in der Vielheit der Gesetze sich die einheitliche Linie vermissen lasse, aber alle diese Gesetze bessern die Rechtsstellung des Arbeiters zur Wirtschaft und bestreben sich, den arbeitenden Menschen als solchen zu erfassen. Alle Probleme kann man freilich nicht mit einem Schlage durch Tausende von Gesetzbüchern lösen. Dazu kommt der heutige Einwand schwerfälligen Ganges unserer Gesetzgebung. Ausgearbeitet wird zur Zeit ein „Entwurf der Wochenhilfe und des Stillgeldes. Gefordert wird eine Änderung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Von besonderer Bedeutung aber sind die sozialen Gesetze im Interesse der Volksgesundheit und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Trunksucht. Die Regelung der Arbeitszeit im Bergbau ist noch nicht als erledigt zu betrachten. Der Reform des Fürsorgegesetzes stimmt die Regierung zu. Die Kaiser-Wilhelm-Akademie, die militärärztliche Bildungsanstalt ist von der Regierung übernommen worden und wird als gewerbehygienische Anstalt erhalten bleiben. Die soziale Gesetzgebung ist ebenso unentbehrlich für den wirtschaftlichen Aufbau wie für den inneren Frieden. Deshalb wird wir unseren Weg weiter gehen.

In der weiteren Debatte sprachen die Abgeordneten Frau **Schröder** (Soz.), **Behrens** (Dtsch.-Natl. Vp.), **Karsten** (U. S.), **André** (Zentr.), **Dr. Moldenhauer** (D. Vp.), **Erkelenz** (Dem.), **Schwarzer** (B. Vp.) und **Bartz** (Komm.). Das Ministergehalt wurde bewilligt. Heute Spezialberatung.

## Abermalige Erhöhung der Gütertarife.

Die neuerliche Steigerung der Materialpreise und persönlichen Ausgaben der Reichsbahn nötigen lt. W.T.B. dazu, bereits am 6. Juni die **Güter-, Tier- und Expreßguttarife um 25 Proz. zu erhöhen.** Durch die Kohlenpreiserhöhung vom 20. April steigert sich der Preis von Eisenbahndienstkohlen pro Tonne um 260 M. oder um rund 27 Prozent. In derselben Zeit ist das Kubikmeter Eichenholz von 3400 auf 4500 M., also um rund 34 Prozent, die Holzschwellen von 240 auf 350 M., d. h. um 46 Prozent **gestiegen.** Die Verteuerungsziffer aller von der Eisenbahn gebrauchten Stoffe hat sich von 80 im Monat April auf 92 im Monat Mai erhöht. Die sächlichen Ausgaben der Reichsbahn steigern sich dadurch um rund 7 Milliarden. Dazu kommt vom 1. Mai ab die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Arbeiter um rund 12 Milliarden, so daß für das Rechnungsjahr 1922 rund 10 Milliarden zu decken sind.

Von einer **Erhöhung der Tarife im Personen- und Gepäckverkehr soll bis auf weiteres Abstand genommen werden**, so daß eine Erhöhung der Gütertarife um 25 Prozent zum Ausgleich des Fehlbetrages erforderlich ist.

Die neue Erhöhung soll gleichzeitig mit den bisherigen Erhöhungen demnächst in die Tarife organisch eingearbeitet werden; bei dieser Einarbeitung werden die Eisenbahnbeiräte mitwirken. Gleichzeitig soll von ihnen die Frage behandelt werden, wie den Gefahren vorzubeugen ist, die der Schiffahrt aus der derzeitigen starken Staffelung der Eisenbahntarife erwachsen.

## Zur Wahl des Reichspräsidenten.

DZ. Der **Verband nationalgesinnter Soldaten** hat sich nach einer Mitteilung, die von ihm verbreitet wird, „an die Spitze der Bewegung für die Wahl des neuen Reichspräsidenten gestellt" und fordert u. a. auch die Kriegervereine zur Mithilfe auf. Der **Vorstand des Reichskriegerbundes** teilt hierzu mit, daß es sich um ein **eigenmächtiges Vorgehen** des Verbandes nationalgesinnter Soldaten handelt und er erblickt darin nach dem bisherigen Verhalten dieses Verbandes den **unverantwortlichen Versuch, einzelne Kriegervereine in ein politisches Fahrwasser zu lenken.** Wie der einzelne Kamerad sich in politischen Dingen betätigen wolle, sei seine Privatsache. Die Kriegervereine als solche dürften aber **keine Politik** treiben. Der Reichskriegerbund warnt daher seine Mitglieder, dem Aufruf des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten" irgendwie Folge zu leisten.

## Denkschrift über die Ein- und Auswanderung in Deutschland.

Das Reichsministerium des Innern hat eine Denkschrift über die Ein- und Auswanderung verfaßt. Aus dieser Denkschrift ergibt sich, daß die Einwanderung bezw. Rückwanderung von **Auslandsdeutschen** und aus den abgetretenen Gebieten eine überaus große ist. Ihre Gesamtzahl dürfte rund eine Million betragen. Während des Krieges und nach Beendigung desselben dürften etwa 170 000 Auslandsdeutsche in ihre Heimat zurückgekehrt sein. Von diesen 170 000 Rückwanderern kamen ungefähr 100 000 aus Rußland, 40 000 aus England, 10 000 aus Frankreich, der Rest verteilt sich auf die übrigen Länder.

Die Zahl der aus den Schutzgebieten nach Deutschland zurückgekehrten **Kolonialdeutschen** beträgt rund 20 000 Köpfe. Davon sind etwa 5000 Militär- und 15 000 Zivilpersonen. Im Jahre 1913 wohnten in Kiautschou 4256 Deutsche, die fast alle wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind.

Groß ist auch die Zahl der Flüchtlinge aus den abgetrennten Gebieten. Aus Elsaß-Lothringen wurden etwa 120 000 Personen abgeschoben. Aus den Ostmarken (Ost- und Westpreußen) sind etwa 500 000 Menschen nach Deutschland abgewandert. Diese Zahl beruht indes nur auf Schätzungen. Eine genaue Statistik war deswegen nicht möglich, weil die Zählungen der Rückwanderer erst vom Jahre 1920 ab stattgefunden haben. In einigen kleineren Bezirken wurde mit den Zählungen etwas früher begonnen. Von den Fürsorgestellen für die Rückwanderer sind etwa 300 000 erfaßt worden. Die Zahl der von den Fürsorgestellen nicht erfaßten Rückwanderer wird vom Generalkonsulat in Posen auf mindestens 200 000 geschätzt. Nach Mitteilungen des Generalkonsulates in Posen ist die deutsche Bevölkerung der Stadt Posen, die ehemals 78 000 Seelen betrug, bis auf etwa 10 000 abgewandert. Aus Eupen-Malmedy und aus Nordschleswig sind nur ganz wenige Deutsche zurückgekehrt.

Neben den Auslandsdeutschen sind auch noch eine ganze Anzahl deutschstämmiger Rückwanderer zu verzeichnen. Diese deutschstämmigen Rückwanderer kamen in der Hauptsache aus Rußland. Man wird die Gesamtzahl der nach Deutschland eingewanderten Deutschrussen auf 100 000 schätzen können. Und von diesen Eingewanderten dürften aber wieder 30 000 Personen ausgewandert sein. Von den noch verbleibenden deutschstämmigen Rückwanderern aus Rußland dürften voraussichtlich wieder ein großer Teil ins Ausland zurückkehren.

Die Zahl der eingewanderten Ostjuden ließ sich bis jetzt nicht statistisch erfassen. Nach den Angaben des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisation in Deutschland sind zu den 50 000 ostjüdischen Arbeitern, die 1914 in Deutschland waren, während des Krieges und in der Nachkriegszeit noch etwa 100 000 hinzugekommen. Von diesen sind allerdings schon etwa 47 000 entweder nach Amerika ausgewandert oder aber auch nach dem Osten zurückgekehrt.

Die Zahl der Deutschen, die in der Nachkriegszeit in das Ausland gegangen sind, ist eine überaus geringe. In den letzten Friedensjahren betrug die Zahl der Auswanderer über deutsche und fremde Häfen etwa 22 000. Im Jahre 1919 betrug diese Zahl nur noch etwa 3000 und stieg im Jahre 1920 wieder auf etwa 9600. Davon sind 763 über Hamburg, 106 über Bremen, 992 über Neapel und 7589 über Rotterdam und Amsterdam ins Ausland gegangen.

## Goethe aus zweiter Hand.

Von Will Scheller.

In der späteren Hälfte seines Lebens, die mit Schillers Tod begann und als die Periode der Vereinsamung bezeichnet werden darf, liebte es Goethe mehr denn je, sich zur Ausführung großer Pläne wie zur Verlautbarung einzelner Meinungen gewisser Mittler zu bedienen. Wohl aus dem Gefühl heraus, daß er in seiner menschlichen Bedingtheit fortan noch weniger als bisher ein völlig zureichendes Gefäß wäre für die unhemmbare Flut geistiger Erleuchtungen, die durch ihn hindurchgingen aus dem Unendlichen ins Endliche, in die Welt, erzog er sich Helfer, die ihn täglich umgaben und in seiner Arbeit praktisch unterstützten. Die Beschaffenheit dieser Personen, von denen der Kanzler von Müller, der Philologe Dr. Riemer, und Eckermann die wichtigsten sind, hat den Vorwurf entstehen lassen, daß der Dichter sich mit „Freunden" umgeben habe, die, wie auch der Maler Heinrich Meyer und der Komponist Friedrich Zeller, ihm nicht ebenbürtig gewesen wären. In dieser Hinsicht trifft aber zu, was Friedrich Gundolf in seinem „Goethe" gelegentlich schreibt: „Zu Beratern und Gehilfen wählte sich Goethe überhaupt nicht gern geniale oder auch nur sehr begabte Personen, seine Dezernenden für die verschiedenen Fächer seines Reichs mußten weniger produktiv als sachkundig sein, die Details jederzeit gegenwärtig haben, wenn er deren zur Verarbeitung bedurfte, er mußte sich auf sie verlassen können, und ihr Geschmack mußte dem seinen gleichgerichtet sein. Genie und Temperament in seiner nächsten Umgebung war ihm eher lästig, das hatte er selbst genug." Unter diesen Gehilfen nimmt der spätere Oberbibliothekar Dr. Friedrich Wilhelm Riemer schon insofern eine besondere Stellung ein, als er am längsten in räumlich nahen Beziehungen zu dem Dichter gestanden hat und infolgedessen in der Lage war, die reichsten Aufschlüsse über Goethes Alltagsleben und Schaffensweise zu geben. Ungeachtet dessen sind seine (soeben auf Grund der Ausgabe von 1841 und des handschriftlichen Nachlasses im Inselverlag zu Leipzig mit 23 Abbildungen neu herausgegebenen, von Artur Pollmer besorgten) „Mitteilungen über Goethe" nicht zu einer solchen Volkstümlichkeit gelangt, wie Eckermanns „Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens", noch auch erfreuen sie sich in den Kreisen besonderer Verehrer Goethes der Hochschätzung, die den „Unterhaltungen" des Kanzlers von Müller zuteil geworden ist, obgleich Riemers Aufzeichnungen in der Tat nicht geringeres Material für das Leben der Enkel mit Goethe enthalten als die Werke der beiden anderen Famuli des Olympiers.

Hier bewahrheitete sich nur wieder einmal das alte Wort: habent sua fata libelli. Riemers Papiere sind zu drei verschiedenen Zeiten und an drei verschiedenen Orten herausgekommen, so daß ihnen schon einmal die Einheitlichkeit fehlte, die den zunächst fühlbaren Vorzug der andern bildet. Dazu kommt aber noch, daß seine Arbeit nicht so sehr den Zweck einer sachlichen Berichterstattung verfolgt, sondern in der Absicht, den zeitgenössischen Schmähern Goethes, einer ganzen Meute gehässiger Pygmäer, entgegenzutreten, eine Apologetik nicht vermeiden kann, deren tendenziöser und polemischer Charakter den Genuß des Ganzen erschwert. Außerdem mußte sich der Leser erst durch eine Art von biographischem Abriß hindurcharbeiten, den Riemer für die Lebenszeit Goethes bis zu Schillers Tod nach Tagebüchern und Briefen von Goethe zusammengestellt hatte. Das Wertvolle war mithin von mancherlei Schalenwerk umgeben, das notwendig verschwinden mußte, wenn jenes für die Dauer Geltung behalten sollte.

Diese Arbeit mußte ebenso schwierig wie verdienstlich sein, denn es handelte sich darum, zahlreiches Beiwerk, aus Zitaten und Exzerpten bestehend, und vielerlei sonst, was nicht dem persönlichen Umgang des Verfassers mit Goethe entsprungen war, ebenso zu beseitigen wie alles das, was lediglich als Riemersche Reflexion angesehen werden konnte. Dabei mußte doch darauf acht gegeben werden, daß unter solchen Ausscheidungen das Verbleibende nicht zu Schaden kam und am Ende sich wieder aus Bruchstücken zu einem Ganzen vereinigen ließ. Das ist denn auch stattlich genug. Riemers rückschauende Betrachtung nimmt auch da noch den breitesten Raum ein und ist nach entschiedener Abrechnung mit den gefärbten Darstellungen Bekines und Falks Goethes äußeren und inneren Wesen mit jener Gründlichkeit gewidmet, die das Kennzeichen des deutschen Philologen bildet. Dieser verleugnet sich weder im Stil noch in der Gesinnung, und es ist zuweilen recht komisch, zu sehen, wie der Herr Doktor, ungeachtet seiner Pietät, zuweilen von Goethe spricht wie ein Lehrer von seinem Lieblingsschüler. Diese naiv eingebildete, wenn auch unausgesprochene Überlegenheit des Schulmeisters zeigt sich auch in der Art wie er seine Einwirkung auf Goethes Gedanken und Goethes Schaffen zu schildern pflegt. Bald nimmt der Dichter eine Anregung mit Dank an, bald verwirft er einen Plan auf Riemers Tadel hin, und es ist amüsant, sich die Miene Goethes bei solchen Anlässen vorzustellen, die der Berichterstatter mit dem gleichen Ernst vorträgt wie seine Methode, Goethes Fehler in Tugenden umzuprägen. Sein Fanatismus, der schon als Manie bezeichnet werden kann, macht es ihm einfach unmöglich, irgendein Negativum in Goethes Eigenart unkorrigiert stehen zu lassen; er murkst solange an ihm herum, bis schließlich doch ein Panegyrikus daraus geworden ist. Das verleiht seiner Niederschrift im ganzen eine gewisse Monotonie, deren Eindruck um so weniger zu vermeiden ist, als dem Verfasser die Fähigkeit farbiger und konkreter Schilderung, die Eckermanns im übrigen auf ähnlichem Niveau entstandene Arbeit immer so lebensvoll erscheinen läßt, durchaus mangelt.

Schließlich kommt dann Goethe selbst zu Wort, und es finden sich vor allem in den Tischreden und Aphorismen, die in drei Jahrzehnten aufgezeichnet wurden und oft mit Tag und Stunde legitimiert sind, bekanntlich Prägungen von starker Wirkungskraft. Wo sie diesen formalen, den geistigen Kern schleifenden Wert nicht besitzen, fehlt ihnen gleich das eigentlich Goetheische, das sie bei Eckermann, wo sie organisch aus dem Bericht hervorwachsen, nie vermissen lassen. Gleichwohl erscheinen sie in ihrer Gesamtheit als eine unentbehrliche Ergänzung der vom Dichter selbst besorgten oder veranlaßten Veröffentlichungen, und wenn es auch trotz Pollmers achtunggebietender Säuberungsaktion immer noch nicht ganz leicht ist, sich durch die Apologie zu den eigentlichen Mitteilungen hindurchzuarbeiten, so bleibt doch etwas haften, das mehr ist als das rein verstandesmäßig dem Gedächtnis Eingeordnete: selbst der Philistergeist, der in Riemer steckte und, seiner selbst ahnungslos, Goethe nur aus der Forschperspektive betrachtete, wurde zum Träger der Lebensstimmung, die Goethes eigenste Atmosphäre war, und die wie immer geartete Vermittlung ihres Anhauchs darf auch diesem Gespinst mehr oder weniger dogmatisch zugespitzter Gedanken nicht abgesprochen werden. Wer zu Goethe will, zu einer umfassenden Anschauung seines Lebens, der kommt um dieses Werk nicht herum und muß schon seine Eigenart, die ebenso daseinsberechtigt ist wie die jedes anderen Dokuments, mit in Kauf nehmen, dankbar ohne Zweifel und mit allem Verständnis das eine so wohlgesinnte Arbeit nur verdient.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Eine parlamentarische Niederlage der englischen Regierung.

Die englische Regierung erlitt im Unterhaus mit 148 gegen 151 Stimmen bei der Abstimmung über einen die **Lehrerpensionen** betreffenden Vorschlag der Geddesschen Ersparungskommission eine **Niederlage.** Die Mitglieder der **Arbeiterpartei, die unabhängigen Liberalen und viele Anhänger der Regierungspartei stimmten gegen die Regierung** und nahmen einen Beschluß auf Vertragung der Debatte an. Die politischen Folgen der Niederlage sind noch unklar.

Die Blätter erwarten **nicht,** daß die Regierung deswegen **zurücktreten** werde. Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle" schreibt, vorläufig sei es nicht wahrscheinlich, daß der Niederlage eine große Bedeutung beizumessen sei. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily Mail" schreibt, im Parlament sei man gestern nicht der Ansicht gewesen, daß die Niederlagen als solche den Rücktritt des Kabinetts bedinge. Jedoch könne der Vorfall **Lloyd George** veranlassen, **drastische Entscheidungen** bezüglich der Zukunft seiner Regierung zu treffen.

Dem politischen Berichterstatter der „**Westminster Gazette**" zufolge herrscht in Parlamentskreisen die Auffassung, daß die Regierung nicht zurücktreten werde, da die Niederlage als ein **unglücklicher Zufall** in einer untergeordneten Frage angesehen werde. Es sei jedoch zugegeben worden, daß der Stoß **ernst** gewesen sei, und daß die Regierung weitere derartige Zufälle schwerlich überleben würde. Viel hänge davon ab, welcher Ansicht Lloyd George in bezug auf diese Niederlage sei. Die gestrige Niederlage der Regierung lasse darauf schließen, daß die unzufriedenen Elemente in der **Koalition** eine weitere Entschuldigung finden würden, um mit der **Opposition gegen** die Regierung zu stimmen, um diese aus dem Amt zu treiben; denn innerhalb der Konservativen bestehe großer Ärger wegen **Irlands.**

Die „Westminster Gazette" weist auch darauf hin, daß die Regierung am Tag zuvor im **Oberhaus** mit knapper Not einer Niederlage entging, als der Antrag Beauchamp, in dem die sofortige Aufhebung des **Industrieschutzgesetzes** gefordert wurde, mit nur zwei Stimmen Mehrheit (gegen 34) angenommen wurde.

## Kurze polit. Nachrichten.

**Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld?** Die „Chicago Tribune" schreibt, in der Absendung der französischen Antwort auf die Washingtoner Note über die **französischen Kriegsschulden** bei Amerika, die fast fertiggestellt gewesen sei, sei plötzlich eine Verzögerung eingetreten. Wahrscheinlich werde der Anleiheausschuß der Reparationskommission, der am 24. Mai in Paris zusammentrete, eine **Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen vorschlagen;** alsdann müßten die Alliierten im Haag am 26. Juni notwendigerweise auf unbestimmte Zeit die Besprechung der russischen Kriegsschuld an Frankreich aufschieben, weil Rußland nicht zahlen könne. Das Blatt spricht von einer neuerdings geplanten Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld auf 70 bis 80 Milliarden Goldmark.

# Badische Uebersicht.

## Badischer Landtag.

### Die Erhöhung der Teuerungsbezüge der Beamten.

Die Regierung hat heute dem Haushaltsausschuß die Vorlage zur Beratung überwiesen, durch welche mit Rücksicht auf die steigende Teuerung der Teuerungszuschlag für die Gehälter der Beamten ebenso wie die Kinderzulage von 30 auf 65 Prozent erhöht wird; für die den Betrag von 10 000 M. nicht übersteigenden Bezüge sollen anstatt 60 Prozent künftig 120 Prozent gewährt werden. Das Gesetz gilt ab 1. Mai dieses Jahres. In der nächsten Woche dürfte das Plenum des Landtages, wie auch in der gestrigen Nummer des Beamtenanzeigers bereits angedeutet ist, den Gesetzentwurf erledigen.

### Die Münchener Gewerbeschau.

Auf den Antrag des Abg. **Marum** (Soz.) nahm der Haushaltsausschuß folgenden Antrag an:

„Die Regierung wird ersucht, den befähigten Schülern der Landeskunstschule, Kunstgewerbeschule, des Staatstechnikums und eventuell der Technischen Hochschule, den Besuch der Münchener Gewerbeschau, eventuell ähnlicher bedeutender Ausstellungen unter Führung ihrer Lehrer zu ermöglichen und hierzu einen Betrag von 100 000 M. zu verwenden, welcher im I. Nachtrag zum Staatsvoranschlag einzustellen ist."

### Die Rechtsauskunftsstellen.

Im Voranschlag des Arbeitsministeriums, für welchen Dr. **Blockner** (Dem.) Berichterstatter ist, sind als Staatsbeiträge an gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen 60 000 M. eingestellt, als Beihilfen zur Abhaltung von Betriebsrätekursen 80 000 **Mark.** Am Dienstag nachmittag stellte die sozialdemokratische Landtagsfraktion im Haushaltsausschuß Anträge dahingehend, daß die Summe für die Rechtsauskunftsstellen erhöht wird auf 200 000 M., auf den gleichen Betrag die Beihilfe für die Betriebsrätekurse und begründete sie des längeren. Ein **Landbundvertreter** wünscht Einrichtungen, in welchen auch die Landwirte beraten würden. Der Antrag wurde, nachdem sich auch die anderen Parteien zustimmend geäußert hatten, mit 12 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Bei der Debatte über die Betriebsrätekurse bemängelte der Berichterstatter, daß nur an Arbeitnehmer, nicht auch an Arbeitgeber Zuschüsse zu Betriebsrätekursen gegeben worden seien, worauf ihm sozialdemokratischerseits erwidert wurde, daß diese keine Veranlassung nähmen, etwa von sich aus Betriebsrätekurse abzuhalten. Ein **Zentrumsvertreter** hielt die Kurse für nützlich und notwendig. Der sozialdemokratische Antrag, der für die Einstellung von weiteren 20 000 M. im Nachtrag plaidierte, wurde schließlich mit allen gegen die Stimmen der zwei deutschnationalen Vertreter angenommen.

Unbeanstandet angenommen wurden die weiteren Positionen des Voranschlages: Ausbildung von **Sozialbeamtinnen** und Wohlfahrtspflegerinnen 50 000 M. (ein gemeinsamer Antrag aller Parteien verlangte dafür 100 000 M.), Beihilfen für die **Kleinrentnerfürsorge** 2 500 000 M., allgemeine Fürsorge und Wohlfahrtspflege 15 000 M., Beihilfen zum Aufwand für die **Erwerbslosenfürsorge** 12 Millionen M. Endlich sind noch für den Verein für **ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege** 3000 Mark in den Voranschlag eingestellt.

### Das Badenwerk.

Im Haushaltsausschuß teilte die **Regierung** mit, daß bis jetzt 236 Gemeinden mit 42 150 Haushaltungen mit Elektrizität versorgt sind. Die Anschlußleitung ist 47 880 Kilowattstunden. In 103 Gemeinden sind die Anschlüsse noch nicht in Betrieb, für 50 Gemeinden sind sie im Bau. Die Länge der Leitungen beträgt 1608 Kilometer, fast soviel, wie die 1803 Kilometer betragende Schienenlänge der badischen Eisenbahnen. Die Vorwürfe eines Artikels im „Volksfreund", der von einem sozialdemokratischen Abgeordneten aufgegriffen wurde, daß im Badenwerk sowohl bei der Leitung wie auf den Bezirksstellen nur Angestellte der Reag (Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft) tätig seien, erledigen sich durch den Nachweis, daß von 205 Angestellten des Badenwerks nur 12 früher bei der Reag beschäftigt waren und nur 3 davon seien Nichtbadener.

Ein **demokratischer** und ein **sozialdemokratischer** Redner bemerken, dem Badenwerk müsse eine durchaus günstige Beurteilung zuteil werden. Die oberen Beamten hätten sich im Aufsichtsrat durchaus bewährt. Die Mittel für das Werk bringen wir auf. Der letztere Redner fügt hinzu, daß erst die nächste Generation die Vorteile des Badenwerks genießt.

Die Befürchtung eines **Zentrumsredners,** daß wir vielleicht bald zu viel elektrische Kraft bekäme,n wird von der **Regierung** zerstreut. Wir können schon gegenwärtig 1000 Millionen Kilowattstunden unterbringen, ohne die Eisenbahnen mit einzurechnen.

Es folgte dann die Abstimmung über die zu dieser Sache eingereichten Anträge. **Abgelehnt** wurde der Antrag **Hertle** und Gen., daß der bestehende Grundgebührentarif aufgehoben wird und an seine Stelle der reine Zählertarif tritt. (In der Debatte hatte die Regierung die Durchführung des Antrages für unmöglich erklärt.) **Abgelehnt** wurde auch der Antrag **Martin** und Gen., daß zur Unterstützung bedürftiger Gemeinden für ihre Elektrizitätsversorgung angemessene Beträge in den Staatsvoranschlag eingestellt werden sollen.

## Nichtapprobierte in medizinischen Berufen.

Nach den Ermittelungen des Badischen Statistischen Landesamts ist die Zahl derer, die ohne Approbation Heilkunde ausüben (Zahntechniker, Magnetiseure, Masseure, Ateliers für Schönheitspflege usw.), von 988 im Jahre 1913 auf 1048 im Jahre 1920 angewachsen. Unter letzteren befinden sich 177 Personen weiblichen Geschlechts gegen 158 im Jahre 1913.

## Vom Selbstmord in Baden.

Nicht nur dem Moralstatistiker oder Theologen, der den Grundsatz der Willensfreiheit vertritt, sondern jedem, der sich mit Fragen unseres gesellschaftlichen und sittlichen Lebens beschäftigt, gibt die Selbstmordstatistik ernste Rätsel auf. Wer die Tabellen der Selbstmordfälle in den letzten Jahren überschaut, muß schon auf den ersten Blick feststellen, daß die Zahl der Selbstmordfälle von Jahr zu Jahr fast dieselbe bleibt. Sie schwankt in unserm Land in den letzten 10 Jahren vor dem Krieg zwischen 470 und 500; sie ist niemals unter 450 gesunken und hat niemals die Zahl 500 überschritten. War die Zahl der Selbstmordfälle in einem Jahr mal ausnahmsweise klein, so wurde dieses Minus im folgenden Jahr durch ein Plus wieder ausgeglichen. Jahr für Jahr kamen auf 100 Selbstmordfälle 20 Frauen, nie mehr und nie weniger. Zum ersten Mal hat diese Regelmäßigkeit, man möchte fast sagen dieses Naturgesetz in der Selbstmordstatistik, durch den Weltkrieg 1914/18 einen Stoß erlitten. Infolge Einberufung vieler Tausende von Männern zum Heeresdienst hat sich in unserm Land gleich in den ersten Kriegsjahren die Zahl der männlichen Selbstmörder erheblich verringert und hat im Jahr 1918 kaum noch die Hälfte der Selbstmordfälle in der Vorkriegszeit ausgemacht. Nach Rückkehr der Truppen aus dem Feld hat die Zahl der männlichen Selbstmörder wieder angezogen (307 männliche Selbstmörder im Jahre 1920). bleibt aber immer noch ganz erheblich hinter der Friedenszahl vor dem Krieg zurück. Interessant ist dabei, daß zwei Monate eine besonders hohe Selbstmordzahl beim männlichen Geschlecht aufweisen: der Monat vor Ausbruch des Weltkriegs (Juli 1914) und der Monat, in dem der Weltkrieg zu Ende ging (November 1918). Anders bei den Frauen! Die große Not, die der Krieg mit sich brachte, der Verlust des Gatten oder Bräutigams, die wirtschaftliche Not, durch die die Führung des Haushalts erschwert wurde und andere Momente haben gleich in dem ersten Kriegsjahr die Zahl der weiblichen Selbstmörder erheblich gesteigert. Das Jahr 1920 weist die Höchstzahl (137 Fälle) des letzten Jahrhunderts auf.

Auch während des Krieges und in den Jahren nach Beendigung des Krieges haben die Selbstmorde in den Frühjahrs- und Sommermonaten zu-, und bei Eintritt kühlerer Witterung wieder abgenommen, ein Beweis dafür, daß ein nicht unbedeutender Bruchteil der Selbstmörder unter dem Einfluß klimatischer Verhältnisse steht. Auffallend ist, daß diese Einwirkung der Wärme auf die Selbstmordhäufigkeit, die auch in der Statistik der Geisteskrankheiten zu beobachten ist, beim männlichen Geschlecht mehr in die Erscheinung tritt, wie beim weiblichen.

Daß verwitwete und geschiedene Personen verhältnismäßig leichter Hand an sich legen, wie die Verheirateten und Ledigen, liegt auf der Hand. Die Ehe gewährt ausweislich der Statistik einen gewissen Schutz gegen die Selbstmordsucht. So macht der Anteil der Verheirateten an der Selbstmordziffer in der letzten Zeit nur 40 Prozent aus, während der Anteil der Verheirateten an der heiratsfähigen Bevölkerung 52 Prozent beträgt.

Besonders interessant ist die Regelmäßigkeit, die bei der Wahl der Todesart in die Erscheinung tritt. Seit Jahrzehnten greifen die Männer bei ihrem Drang zur Selbstvernichtung in erster Linie zum Strick, in zweiter Linie zur Schußwaffe. Nur eine verhältnismäßig kleine Zahl geht ins Wasser oder greift zum Gift. Eine Änderung in dieser Reihenfolge, die seit Jahrzehnten Jahr für Jahr zu beobachten ist, hat der Krieg nicht gebracht. Auch bei den Frauen steht das Erhängen an erster Stelle. Innerhalb des Zeitraumes 1904 bis 1920 haben 508 Frauen den Strick gewählt; die gleiche Zahl von Frauen (508) hat sich ertränkt. Zum Gift haben 319 Frauen gegriffen. Neuerdings, besonders nach dem Krieg, wurde von den Frauen die Schußwaffe mehr und mehr benutzt.

Daß es auch im Alter von über 70 Jahren noch zahlreiche Lebensüberdrüssige gibt, die ihr letztes Stündlein nicht erwarten können, zeigt die Tatsache, daß in den Jahren 1904/20 365 Männer und 170 Frauen, die im Alter von 70 und mehr Jahren standen, freiwillig in den Tod gegangen sind.

Diejenigen Leser, die sich für die Selbstmordstatistik in unserm Land eingehend interessieren, seien auf die soeben erschienene Nummer 4 der „Statistischen Mitteilungen aus dem Land Baden" hingewiesen, die eine ausführliche Abhandlung über die Statistik der Selbstmorde in Baden enthält.

## Die Mannheimer Indexziffern.

Einer Anregung aus Kreisen der Arbeitnehmer zufolge, die auch von Arbeitgeberseite unterstützt wurde, ist die nach der Methode des Regierungsrats Dr. Hofmann berechnete Indexziffer im April erstmals für die Mitte des Monats aufgestellt worden. Für Mitte Mai ergibt sich nunmehr gegenüber Mitte **April eine Steigerung der Gesamtindexziffer um 13 Prozent.** Die Indexzahl hatte betragen: im Juli 1914: 100, am 1. Mai 1921: 1228, am 1. Oktober 1921: 1392, am 1. Jan. 1921: 1964, am 15. April 1922: 3422, am 15. Mai 1922: 3871.

Gegenüber der letzten Vorkriegszeit sind also die Preise auf das 38,7fache gestiegen. Die stärkste Steigerung hat gegenüber dem 15. April, wenn man von der sehr ungleiche Posten zusammenfallenden Gruppe „Sonstiges" absieht, die Gruppe „Heizung und Beleuchtung" erfahren, deren Meßziffer um 26 Prozent gestiegen ist. Wenn die Gesamtindexziffer nur eine halb so starke Zunahme aufweist, so rührt dies davon her, daß wesentliche Teile der Ernährung, vor allem die verschiedenen Fleischsorten, ihr Preisniveau im letzten Monat nicht verändert haben.

## Die Landwirtschaftstagungen in Freiburg

DZ. **Freiburg,** 17. Mai. In dem gleichen Raume wie gestern wurden heute vormittag die Verhandlungen mit der 23. **ordentlichen Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H.** in Karlsruhe fortgesetzt. Direktor **Kundel** erstattete den Geschäftsbericht, der eine weiterhin ansteigende Entwicklung des Bankbetriebes erkennen läßt. Die Mitgliederzahl beträgt 917 und setzt sich zusammen aus 607 Genossenschaften und 317 Einzelmitgliedern. Der Umsatz belief sich auf 2,566 Millionen Mark gegenüber 1,358 Millionen Mark im Vorjahre. Aus dem Reingewinn von 235 730 M. werden 5 Proz. Dividende an die Mitglieder vergütet. Das eigene Vermögen beträgt 3,1 Millionen Mark, die gesamte Haftsumme 9,6 Millionen Mark. — Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Generalversammlung genehmigt. Der Geschäftsanteil ist von 500 M. auf 1000 M., die Haftsumme von 2000 auf 5000 M. erhöht worden. Hierdurch erfährt die Sicherheitsleistung der Bank eine bedeutende Erhöhung, das Vermögen wird auf 5½ Millionen und die Haftsumme auf 24 Millionen anwachsen. Der Kredit für die Genossenschaften wurde für je einen Geschäftsanteil von bisher 3000 M. auf 6000 M. hinaufgesetzt, mit der Begrenzung auf 75 Prozent der Gesamthaftsumme der Genossenschaften.

Anschließend tagte der 10. **Verbandstag des Verbandes badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften,** gleichfalls unter sehr starker Beteiligung. Den Verhandlungen wohnte auch Minister des Innern, **Remmele,** der Präsident der badischen Landwirtschaftskammer Karlsruhe, **Gebhard,** Vertreter der hessischen und elsässischen usw. landwirtschaftlichen Genossenschaften bei. Der stellvertretende Verbandspräsident, Ökonomierat **Schittenhelm** eröffnete die Tagung mit einem warmherzigen Nachruf auf den im Sommer v. J. heimgegangenen Verbandspräsidenten Ökonomierat **Sänger,** dem bald darauf sein Nachfolger, der Abg. Neck, gefolgt sei. In diesen beiden Männern habe der Verband zwei unvergleichliche Führer und Förderer seiner Bestrebungen verloren.

**Minister Remmele** entbot die Wünsche der badischen Regierung für eine gedeihliche Arbeit und versicherte, daß die badische Regierung die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften voll unterstütze, ohne damit dem Handel oder einer bestimmten Berufsgruppe den Kampf anzusagen, sondern lediglich aus der Erwägung heraus, eine möglichste Anpassung an die Verhältnisse, an die Not der Zeit, an die Bedürfnisse aller Bevölkerungskreise zu erreichen.

Regierungsrat **Gennes,** der den Reichsverband der deutschen Landwirtschaft vertrat, unterstützte den Minister in seinen weiteren Ausführungen und trat gleichfalls für eine enge Zusammenarbeit von Erzeuger- und Verbrauchergruppen ein. Eine geschlossene Genossenschaftsorganisation bezeichnete der hessische Vertreter, Direktor **Berg,** als unbedingt notwendig, da in einem gesunden Genossenschaftsgedanken die Zukunft der deutschen Landwirtschaft liege.

Aus dem von Verbandsdirektor **Schoen** erstatteten **Jahresbericht** ist folgendes zu erwähnen: Nachdem vom Verband wegen Überhandnehmens der finanziellen Fragen das Gebiet des Waren-Ein- und Verkaufs abgetrennt und auf die badische Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft übertragen worden war, stand der Verband im vorigen Jahr vor völlig veränderter Situation. Zu seiner Revisionstätigkeit, den Fragen der Organisation trat auch die Belebung des Warenverkehrs, Rechtsschutz, Steuerbefreiung usw. Unter den 1010 Verbandsgenossenschaften und Vereinen sind Getreidelagerhaus-, Molkerei- und Milch-Genossenschaften, sowie Dresch-, Winzer-, Eier- und Weidegenossenschaften gebildet worden. Der Bericht wurde mit vielem Beifall aufgenommen, die vorgelegte Rechnung gebilligt, der Verbandsleitung Entlastung erteilt. Eine vom Verbandsausschuß vorgeschlagene Satzungsänderung fand Annahme, so daß der Verbandsdirektor jetzt auch das Recht hat, für den Verband rechtliche Geschäfte abzuwickeln, ohne daß dadurch seine Unterstellung unter den Verbandspräsidenten durchbrochen wird. Es folgten dann noch innere Verbandsangelegenheiten.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. **Metallarbeiter-Aussperrung in Mittelbaden.** Wie die „Badische Presse" erfährt, hat der Verband der Metallindustriellen Mittelbadens beschlossen, mit Wirkung vom 2. Juni sämtliche Metallarbeiter der dem Verbande angeschlossenen Betriebe auszusperren, um dadurch die Einmütigkeit der Arbeitgeber in der Frage der 48-Stundenwoche zu bekunden. Die Kündigung in den einzelnen Betrieben folgt allgemein mit Wirkung vom 2. Juni ab. Falls in den benachbarten Gebieten Bayern, Württemberg, im Mannheimer Industriebezirk, sowie in Frankfurt die Arbeit allgemein wieder aufgenommen werden sollte, werde die Kündigung zurückgezogen.

DZ. **Neckarsteinach,** 17. Mai. In diesem Jahre kann **Neckarsteinach** auf sein **800jähriges Bestehen** zurückblicken. Weist auch der Bau der Hinteburg, der ältesten der vier Burgen, schon auf seine frühere Zeitperiode hin, so läßt sich dies doch nicht belegen. Dagegen ist urkundlich festliegend, daß Neckarsteinach im Jahre 1122 zum erstenmal genannt wird und zwar bei der Gelegenheit der Gründung des Klosters Schöngrund durch Erzbischof Burckhard II. von Worms.

**Rastatt,** 18. Mai. Hier hielten dieser Tage unter großer Beteiligung die **badischen Gastwirte ihre Verbandstagung** ab, bei der eine Reihe für das Gastwirtsgewerbe wichtiger Fragen besprochen wurde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

DZ. **Lahr**, 17. Mai. Für **umfangreiche Wohnungsbauten**, die zumteil unter Benutzung der Kasernenanlagen durch die Wohnungsbaugenossenschaft und die Arbeiterbaugenossenschaft ausgeführt werden und noch geplant sind, hat der **Bürgerausschuß** insgesamt 8 625 000 Mark bewilligt, die durch Anleihe aufgebracht werden sollen. Der Pferdestall der ehemaligen Maschinengewehr-Kompagnie-Kaserne wird an die Arbeiterbaugenossenschaft für 60 000 Mark, das Kammergebäude der ehemaligen Artilleriekaserne für 90 000 Mark an den Teilhaber der Kartonagenfabrik Berne & Giller, den Fabrikanten Fritz Berne, verkauft. Es wurde teilweise bemängelt, die Kasernen seien zu Spottpreisen verschleudert worden, welcher Auffassung Oberbürgermeister Altfelix entgegentrat.

DZ. **Freiburg i. Br.**, 17. Mai. In der Leichenhalle des städtischen Friedhofes fand gestern nachmittag die Trauerfeier für den heimgegangenen Geistl. Rat Dr. Karl **Mayer** statt, zu der sich mehrere Tausend Leidtragende eingefunden hatten, darunter Hunderte von Schwestern aus dem Mutterhause und den Niederlassungen des ganzen Landes. Infolge der Abwesenheit des Erzbischofs, der sich auf einer Firmungsreise befindet, hielt Domkapitular Weber die Traueransprache, in der er auf das vorbildliche Wirken des Heimgegangenen verwies, namentlich auf seine segensreiche 37jährige Tätigkeit als Leiter des Mutterhauses der barmherzigen Schwestern. Nur einen Reichtum habe der Dahingeschiedene besessen, den großen Schatz der Liebe und Verehrung aller, für die erlebte und wirkte. Für die Stadt Freiburg war Bürgermeister **Riedel** anwesend. Die Beisetzung erfolgte in der Nähe der Domkapitular- und Domprädendargräber auf dem älteren Teil des Friedhofes.

DZ. **Konstanz**, 17. Mai. Hier starb gestern unerwartet Msgr. Karl Scheu an einem Herzschlag. Der Verstorbene hat das hohe Alter von 80 Jahren erreicht. Er war 48 Jahre in Konstanz tätig, davon 22 Jahre als Divisionspfarrer des 114. Infanterieregimentes. Auf dem Gebiete der Caritas hat sich Scheu große Verdienste erworben. Bei seinem silbernen Priesterjubiläum wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Donaueschingen ernannt.

DZ. **Konstanz**, 17. Mai. Der 25jährige, unverheiratete, aus **Konstanz** gebürtige, **August Zimmermann** wurde vom Volksgericht München **wegen Landesverrat zu 12 Jahren 2 Monaten Zuchthaus** und 10 Jahren Ehrverlust **verurteilt**. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und ergab, daß der **Verräter eine ähnliche Rolle spielte, wie der jetzt entlarvte Anspach.**

## Aus der Landeshauptstadt.

**Bühne und Welt**, großes Frühlingsfest zum Besten der alten Pensionäre, sowie der bedürftigen Witwen und Waisen von Mitgliedern des badischen Landestheaters, am Samstag, den 20. Mai im Stadtgarten und der Festhalle. Nach dem Promendenkonzert, in welchem Willy Zilken die Preislieder aus Richard Wagners „Meistersingern" zu Gehör bringt, wird der Tanz durch einen vom gesamten Balletchor ausgeführten Reigen mit anschließender Blumenpolonaise eingeleitet, die voraussetzt, daß alle daran teilnehmenden Damen und Herren mit Blumen geschmückt sind, wie denn besonders den Damen empfohlen sei, dem Charakter des Festes durch Anlegen von Blumenschmuck (Kränze im Haar, Sträuße) möglichst Rechnung zu tragen.

**Neugründung.** Im Beisein eines größeren Kreises interessierter Persönlichkeiten wurde am letzten Donnerstag im Konkordiasaal des „Moninger" ein neuer Verein gegründet, der den Namen **„Handelsbund"** führt und sich zunächst über Karlsruhe und Umgebung, späterhin über ganz Baden erstrecken soll. Aufgabe des Vereins ist Beratung seiner Mitglieder in allen Steuer-, Rechts- und Versicherungsfragen, insoweit dieselben mit dem Geschäftsbetrieb des betr. Mitgliedes im Zusammenhang stehen. Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ist ausgeschlossen. Zum Vorsitzenden des Vereins wurde in der Gründungssitzung gewählt Herr Kaufmann Emil **Huber** (Fa. Dental-Depot Huber) Karlsruhe, zum stellvertr. Vorsitzenden Herr Kaufmann Otto **Lampson**, Karlsruhe; die Geschäftsführung wurde den Herren Albert Friebel, kaufm. Sachverständiger, Karlsruhe und Herrn Eugen **Breitenberger**, Generalbevollmächtigter vom Deutschen Lloyd für den Freistaat Baden, Karlsruhe, übertragen. Der Gründung voraus ging ein Vortrag des Herrn Albert Friebel über „Quellen der Scheingewinne" und ein Referat des Herrn E. Breitenberger über „Neuzeitliche Versicherungsfragen". Beide Redner ernteten lebhaften Beifall, wie überhaupt der ganze Abend unter dem Zeichen froher Zuversicht für ein kräftiges Gedeihen des neuen Vereins zu Nutz und Frommen des gesamten Wirtschaftslebens stand.

**Landestheater. Am Freitag**, den 19. d. Mts., wird die Operette „Die schöne Helena" in der bekannten Besetzung wiederholt. Für Sonntag, den 21. Mai, ist Wagners „Lohengrin" angesetzt. In der Oper ist eine Wiederaufnahme von Wagners „Ring des Nibelungen" in Vorbereitung. Als Daten sind festgesetzt am 27. Mai „Rheingold", 28. „Die Walküre", 31. „Siegfried" und am Pfingstsonntag, den 4. Juni, die „Götterdämmerung".

## Gemeindepolit. Rundschau.

### Preise für Gas und Elektrizität.

Von Dr. **Schoppen**, Düsseldorf.

Die in den letzten Wochen und Monaten in ganz außerordentlich hohem Maße in Erscheinung getretene Teuerung, die merklich schwer auf unserem Wirtschaftsleben lastet, lenkt erneut das Interesse breitester Schichten auf die Statistik der Preise. Für alle möglichen Lebensbedürfnisse ist die Kurve der Preise, die schon während des Krieges und besonders in der Nachkriegszeit fast ausnahmslos eine fast stetig steigende Tendenz zeigte, in letzter Zeit in geradezu beängstigender Weise in die Höhe gegangen. Preisfeststellungen, die heute noch Gültigkeit haben, sind morgen bereits vielfach überholt; und was dort erneut ermittelt, entspricht am nächsten Tage schon häufig nicht mehr der Wirklichkeit.

Ein solches Überhasten findet sich vor allem dort, wo für die bei der Preisbildung ausschlaggebenden Momente **völlig freies Spiel der Kräfte** herrscht. Wo das nicht der Fall war, da ist das Drängen nach oben im allgemeinen zunächst nur zögernd und in größeren Abständen erfolgt; dafür allerdings aber auch vielfach in größeren Sätzen. Das ist jedoch nur für wenige der zum Leben notwendigsten Bedürfnisse der Fall, und zwar in der Regel bei solchen, bei den **Höchst- oder Einheitspreise** gelten. Zu den Lebensbedürfnissen dieser Art gehören heute vor allem noch **Gas und Elektrizität**, die als Beleuchtungs- und Heizungsmaterial eine recht erhebliche Rolle spielen. Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" bringt in ihrem neuesten Heft eine Zusammenstellung der Preise für Gas und Elektrizität nach dem **Stande vom Januar 1922 mit Vergleichszahlen**, die manchen interessanten Einblick über die Preisbemessung und Preisentwicklung seit Kriegsbeginn gewähren. Von dem, was die Zahlen sagen, sei nachstehend einiges mitgeteilt.

Berichtet wird über die **Preise in 56 größeren deutschen Städten**, die zumeist Großstädte sind. Was zunächst den **Preis für Gas** anbelangt, so schwankte er in 53 von ihnen im **letzten Friedensmonate vor dem Kriege zwischen** — man scheut sich fast, es zu sagen — **10 und 22 Pfennig pro Kubikmeter.** Die billigsten Gaspreise hatten aufzuweisen Essen mit 10 Pfennig, Berlin, Düsseldorf, Königsberg, Duisburg, Schöneberg, Aachen, Hagen und Worms mit 12 Pfennig; die teuersten Gera mit 20 Pfennig, München mit 21 und Augsburg mit 22 Pfennig. Der **Durchschnittspreis für die 53 Städte** stellte sich auf **15 Pfennig.**

Bis zum **Januar 1922** ist dieser Durchschnittspreis inzwischen um **mehr als das 15fache gestiegen.** (In der Zwischenzeit traten wie bekannt noch weitere erhebliche Steigerungen ein; Red.). Er betrug nahezu 2,50 Mark pro Kubikmeter. In einzelnen schwankt heute bei den 56 deutschen Städten der Gaspreis zwischen 1,50 und 3,30 Mark. Und zwar blieben fünf Städte noch unter 2,00 Mark. Es waren das Barmen mit 1,50 Mark, Offenbach mit 1,80 Mark, Dortmund und Elberfeld mit 1,90 und Essen mit 1,92 Mark. Weitere 33 Städte erheben 2,00 bis 2,50 Mark, darunter zwölf Städte den letzteren Preis. Bis an 3,00 Mark heran gingen zehn Städte; und 3,00 Mark und mehr kostete das Gas in acht weiteren Gemeinden; und zwar in Köln, Stettin, Freiburg, **Heidelberg** und Herford je 3,00 Mark, in Breslau 3,20 Mark, in Darmstadt 3,25 und in Görlitz sogar 3,30 Mark. Im Laufe des letzten Jahres mußten 24 Städte, das heißt fast die Hälfte, den Gaspreis mehr als verdoppeln. Weitere neun erhoben gerade noch einmal so viel wie vor einem Jahre (es waren das Bremen mit 2,60 Mark, Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg und Lichtenberg mit 2,50 Mark und Dresden, Düsseldorf und Krefeld mit 2,20 Mark) und bei den übrigen 23 blieb die Erhöhung in mehr oder weniger geringem Maße darunter. Am niedrigsten war die Preisheraufsetzung im Laufe des Jahres in Leipzig mit 34 Pfennig auf 2,00 Mark, in Kiel und Tilsit mit 50 Pfennig auf 2,06 bezw. 2,10 Mark; und am höchsten in Breslau und Herford mit 1,80 auf 3,20 Mark und in Görlitz mit 2,00 auf 3,30 Mark.

In weit geringerem Maße als die Gaspreise sind die Preise für **elektrischen Strom** zu Leuchtzwecken gestiegen. Mußte dort eine Erhöhung um das Fünfzehnfache festgestellt werden, so ist hier nur eine solche um etwas mehr als das Zehnfache zu verzeichnen. Allerdings sind hier auch, was wenigstens die Friedenspreise anbetrifft, die Schwankungen der Preise in den einzelnen Städten weit größer als dort. In Friedenszeiten kostete die Kilowattstunde in Elberfeld, wo sie am billigsten von den 53 Städten war, nur 13 Pfennig und in Wiesbaden und Gera, den in dieser Beziehung teuersten Orten, 60 Pfennig. Im Durchschnitt kam die Kilowattstunde im Juli 1914 auf 42 Pfennig zu stehen. Heute (im Januar) stellt sich der Preis in den 56 Städten auf 4,70 Mark. Dieser Preis wird zufällig in zwei Gemeinden (Düsseldorf und Hagen) erhoben. Unter dem Durchschnitt liegen 23 und darüber 31 Gemeinden. Von den 23 mit niedrigeren Sätzen hatten 11 einen Preis von 3,00 bis 4,00 Mark und zwölf einen solchen bis 4,70 Mark aufzuweisen. Zu den Städten mit niedrigsten Strompreisen sind heute zu zählen: Worms (3,00 Mark), Erfurt (3,10 Mark), Halle (3,30 Mark), München (3,40 Mark) und Offenbach (3,45 Mark). **Von den über dem Durchschnitt liegenden Städten erhoben 26 ein Entgelt bis zu 5,50 Mark und fünf einen noch höheren Satz;** so **Karlsruhe** und Darmstadt mit 6,00 Mark, Lübeck mit 6,50 Mark, **Mannheim** mit 6,60 Mark und Ludwigshafen mit 6,70 Mark. Im Laufe des letzten Jahres ist der Strompreis in den 56 Städten im Durchschnitt um 2,15 Mark erhöht worden. Am geringsten war die Heraufsetzung in Offenbach mit 58 Pfennig auf 3,45 Mark, in Frankfurt am Main mit 59 Pfennig auf 4,80 Mark, in Erfurt um 80 Pfennig auf 3,10 Mark und in Halle um 97 Pfennig auf 3,30 Mark. Also in vier Städten bis zu 1,00 Mark Erhöhung; in 20 weiteren Städten betrug die Heraufsetzung 1,00 bis 2,00 Mark, in 23 Städten 2,00 bis 3,00 Mark und in neun Städten 3,00 Mark und mehr. Von letzteren entfiel auf fünf Städte eine Erhöhung von 3,00 Mark; es war das der Fall in Berlin und den obengenannten, jetzt zu Berlin vereinigten Vorortgemeinden, wo der Strom durchweg 5,00 Mark kostet, und in **Karlsruhe**, wo sich der Preis auf 6,00 Mark stellt. Über diesen Satz gingen noch hinaus: Darmstadt mit einer Heraufsetzung um 3,50 Mark auf 6,00 Mark, **Mannheim** mit einer solchen von 3,90 auf 6,60 Mark und Lübeck mit einer Steigerung um 4,00 auf 6,50 Mark.

Alles in allem zeigen die Zahlen, daß die Preise für Beleuchtungsmittel nach wie vor von Stadt zu Stadt recht unterschiedlich sind, daß jedoch die Preissteigerungen der Rohmaterialien im Verein mit der mehrmaligen Erhöhung der Frachtsätze bei der Eisenbahn zu einer wesentlichen Heraufsetzung auch der Gas- und Strompreise führen und daß diese im allgemeinen nur dort in mäßigen Grenzen gehalten werden konnten, wo entweder natürliche Kraftquellen vorhanden sind, oder wo die Transportkosten für Kohlen nicht ausschlaggebende Bedeutung haben. (Inzwischen sind die Preise bekanntlich vielfach **noch** weiter gestiegen.)

## Zeitschriftenschau.

**„Neue Frauenkleidung und Frauenkultur"**, Zeitschrift für persönliche, künstlerische Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk. 18. Jahrgang. Mit Schnittmusterbogen. Herausgegeben von der Werbestelle für deutsche Frauenkultur Karlsruhe. Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe i. Baden. Jährlich 6 Hefte. Bezugspreis halbjährlich 25 M., Einzelheft 12 M.

Aus dem Inhalt des Frühjahrsheftes: Blumensträuße. — Das Modellkleid. — Arbeiten und Schaffen. Von Wilhelm Weigand. — Das Handwerkerinnenstift. — Segen der guten Arbeit. — Die deutsche Heilgymnastik. — Ein Chinese über Familien- und Staatsleben. — Form und Erziehung. — Künstlerische Gebrauchskeramik. — Über gesundheitlich-künstlerische Gymnastik. — Mitteilungen für das Frauenarbeits- und Berufsleben. — 34 künstlerische Bildaufnahmen und 4 Schwarzweiß-Zeichnungen. — Auf dem Handarbeitsbogen: Kinderkleider. — Jungmädchenkleider. — Handarbeiten. — Kleidbeschreibungen.

## Staatsanzeiger.

Die persönliche Berechtigung zum Betriebe der **Apotheke in Mannheim-Feudenheim** wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Übertragung der Konzession auf die Stadt Mannheim bleibt vorbehalten.

Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse **binnen vier Wochen** hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 15. Mai 1922.

**Ministerium des Innern.**
Der Ministerialdirektor:
J. A.: Arnsperger. Zeller.

## Amtliche Bekanntmachungen.

**Tagesordnung**
der am
**Dienstag, den 23. Mai 1922, vormittags 1/2 9 Uhr,**
im Bezirksratssaal in Karlsruhe stattfindenden
**Bezirksratssitzung.**

I. **Wirtschaftsgesuche Karlsruhe-Stadt. Otto Kappler, Eheleute**, Schankwirtschaft „zur alten Brauerei Kammerer", Waldhornstr. 23; desgleichen **Christian Schäfer**, „zur Stadt Waibstadt", Werderstr. 40; **Peter Hanemann**, „zur neuen Pfalz", Baumeisterstr. 34; **Josef Brox**, „zur Stadt Göttingen", Schützenstr. 93; **Wilhelm Lindemann**, „zum Falken", Augartenstr. 49; **Otto Ludwig**, „zum Schützen", Wielandstr. 32; **Ludwig Albrecht**, Realgastwirtschaft „zur alten Post", Adlerstr. 34; desgleichen **Philipp Geminden**, „zum Hirsch" in Rintheim; **Peter Herrmann**, Verlegung von „zur fröhlichen Pfalz" nach „zur Goethehalle", Goethestr. 4; **Ferdinand Genannt**, Eheleute, Verlegnng von „zum Deutschen Haus" nach „zur fröhlichen Pfalz", Sofienstr. 81; **Eugen Kistner, Eheleute**, Veranstaltung von Singspielen im Kaffee „Mozart", Kaiserstr. 95; der Wirtschaftsbetrieb **„Rotes Haus"**. II. **Wirtschaftsgesuche Karlsruhe-Land: Franz Klumpp**, Schankwirtschaft „zur alten Brauerei Ritz" in Linkenheim. III. Änderung des Ortsbauplans in Rüppurr: **Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe**, Errichtung eines Anbaues an die Eisengießerei; **K. Hummel** hier, Beschwerde gegen bezirksamtl. Auflage. N.445.

Karlsruhe, den 16. Mai 1922. O.Z.67.
Bezirksamt.

### Maul- und Klauenseuche betr.

Da die Maul- und Klauenseuche in letzter Zeit wiederholt durch Handelsvieh, das nach Baden eingeführt worden ist, weiterverschleppt wurde, wird die Dauer der in unserer Bekanntmachung vom 23. Februar 1922 angeordneten polizeilichen Beobachtung für eingeführtes Rindvieh wiederum auf sieben Tage verlängert. Hinsichtlich der zur Einfuhr gelangenden Einstellschweine verbleibt es bis auf Weiteres bei der bisherigen Beobachtungsfrist von fünf Tagen. N.446

Karlsruhe, den 16. Mai 1922. OZ.36
Bezirksamt.


**Badisches Landestheater.**
Freitag, 19. Mai. 7—10 Uhr. 45 M.
Abonnement G 3.
**Die schöne Helena.**

**Konzerthaus.**
**Badische Lichtspiele** A.277
**Donnerstag, den 18. Mai 1922**
**nachmittags 6 Uhr und abends 1/2 9 Uhr**
Nochmals
**Im Kampf mit dem Berge.**
mit Vortrag.
**Voranzeige.**
**Dienstag, den 23. Mai 1922:**
**Einstein-Film**
**Grundlagen der Relativitäts-Theorie.**

**Billigst zu verkaufen:**
**AUTO**
Zweisitzer, rassiger Wagen, neu bereift, Motor frisch nachgesehen. A.275
**Lauer, Heidelberg**, Rottmannstraße 6.

**Technische Hochschule zu Karlsruhe.**
Das Verzeichnis der allgemein bildenden Vorlesungen des laufenden Sommersemesters ist in der Vorhalle des Hauptgebäudes der Hochschule angeschlagen. A.276

Auf die für Baden zugelassenen Lose der
**Wohlfahrts-Geld-Lotterie**
(Ziehung 24.—29. April 1922) fielen folgende Gewinne:
Nr. 12586, 141169, 160680 je 1000 M. Nr. 12751, 162673 je 100 M. Nr. 119544, 591, 160696, 162877, 226505 je 50 M. A.278
Gewinne von je 10 M.
Nr. 12511, 610, 85, 715, 37, 42, 82, 84, 86, 826, 33, 54, 61, 87, 99, 935, 76, 17027, 32, 53, 68, 89, 118, 86, 239, 55, 57, 59, 60, 61, 81, 312, 30, 31, 63, 78, 82, 91, 92, 403, 31, 43, 48, 66, 68, 69, 77, 79, 119507, 42, 56, 72, 84, 86, 88, 606, 70, 77, 728, 70, 819, 20, 925, 46, 68, 78, 441027, 36, 47, 62, 127, 65, 82, 218, 307, 14, 59, 401, 03, 31, 84, 87, 89, 160511, 15, 96, 601, 05, 33, 36, 56, 706, 27, 28, 60, 162015, 35, 44, 47, 56, 60, 83, 105, 39, 51, 58, 206, 52, 306, 54, 430, 557, 606, 28, 162633, 57, 74, 76, 77, 702, 55, 852, 56, 904, 31, 55, 226510, 35, 42, 79, 610, 25, 91, 705, 71, 87, 853, 81, 88, 906, 23, 80, 547237, 73, 78.
Mannheim, den 17. Mai 1922.
**J. Stürmer**, Lotterie-Unternehmer und Badischer Lotterie-Einnehmer, Mannheim O 7, 11.


N.438.2.1 Karlsruhe. Kaufmann **Robert Münker** Ehefrau **Anna geb. Richardon** in Pforzheim, St. Georgenstr. 4b, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dres. Netter & Meier in Pforzheim, klagt gegen ihren genannten Ehemann, früher zu Pforzheim, z. Zt. an unbekannten Orten unter der Behauptung, daß der Beklagte die durch die Ehe begründeten Pflichten dadurch schwer verletzt habe, daß er sich dem Trunke ergeben habe, nichts arbeite, die Klägerin roh und lieblos behandelte und mißhandelte und sich seit dem 6. November 1919 gegen den Willen der Klägerin von ihr fernhalte, mit dem Antrage auf Scheidung der am 11. Juni 1917 zu Pforzheim geschlossenen Ehe der Streitteile aus Verschulden des Beklagten; der Beklagte habe die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf **Freitag, den 22. September 1922, vormittags 9 1/2 Uhr**, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalte als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 16. Mai 1922.
**Der Gerichtsschreiber des Badischen Landgerichts.**

**Bekanntmachung.**
Die Auflösung der Firma **Gg. Horn & Co.** ist am 8. Mai 1922 erfolgt. Gläubiger wollen sich beim Liquidator H. Dimer, Wielandtstraße 2, melden.

**Lieferung von Holzbündeln** (Lokomotivanfeuerung) zu vergeben. Angebote — Vordrucke dazu mit Bedingungen usw. auf postfreie Anfrage vom Materialamt erhältlich — mit Aufschrift: „Verdingung von Holzbündeln." spätestens am **Dienstag den 30. Mai 1922, 10 Uhr vormittags**, verschlossen und postfrei beim Materialamt der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe, Baumeisterstr. 1 einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage.
Karlsruhe, 17. Mai 1922.
**Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion.**